

POSITIONSPAPIER

TEILHABE FÜR ALLE

**GRUNDLAGEN
GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENLEBENS**

TEILHABE FÜR ALLE: GRUNDLAGEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENLEBENS

Die Welt ist im Wandel: fundamental und in vielen Bereichen gleichzeitig. Manchen geht es viel zu schnell. Und manchen viel zu langsam. Klar ist, unsere Gesellschaft wird sich auch in Zukunft weiter verändern. Wenn wir aber als Gesellschaft eng zusammenstehen, niemanden zurücklassen und gemeinsam den Wandel klug begleiten und gestalten, steckt darin auch eine große Chance für alle. Teilhabe von allen ist dabei der Schlüssel. Wir verstehen unter Teilhabe, dass alle Menschen gleiche Chancen im Leben bekommen, mitmachen und mitbestimmen und sich nach eigenen Wünschen und Fähigkeiten entfalten können. Ohne Teilhabe für alle Menschen ließe sich auch der Auftrag der bayerischen Verfassung, gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen zu fördern und zu sichern, nicht verwirklichen. Die Möglichkeit umfassend an unserer Gesellschaft teilhaben zu können, ist Grundlage für ein gutes, glückliches und würdevolles Leben in sozialem Frieden.

Für uns Grüne ist klar: Eine gute Zukunft für alle ist eine gerechte Zukunft. Und gerecht ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen in Freiheit und Würde leben – dann können sie auch an der Gesellschaft teilhaben. Dafür brauchen wir einander. Deshalb setzen wir auf Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen einen Staat, der Teilhabe allen gleichermaßen bietet, der Sicherheit gewährleistet und öffentliche Räume, Infrastrukturen und Institutionen schafft, die dem glücklichen und selbstbestimmten Leben aller dienen und es allen ermöglicht, ihre Freiheit und Würde zu gewinnen und zu bewahren. Soziale Absicherung ist dabei Grundlage für das Streben nach Glück und für die Verwirklichung der Menschenwürde. Wer abgesichert ist und sich dessen auch bewusst ist, kann sich besser in die demokratische Gesellschaft einbringen. Einen armen Staat können sich nur Reiche leisten.

Teilhabe für alle statt Ausgrenzung

Grundlage unseres Handelns ist die Idee von Teilhabegerechtigkeit. Jeder und jede Einzelne hat das Recht auf Teilhabe. Jeder Mensch muss unabhängig vom Geschlecht an der Gesellschaft teilhaben können, unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft, von Alter oder Aussehen, von sexueller Identität, von Behinderung oder Religion, vom Bildungsgrad oder von finanzieller Ausstattung. Radikale Kräfte arbeiten daran, unsere Gesellschaft zu spalten und Menschen gegeneinander aufzuhetzen. Nationale Egoismen, Hass und Intoleranz sind jedoch die schlechteste Option für die Gestaltung eines friedlichen und einander zugewandten Zusammenlebens. Wir wählen das Grundgesetz als Regelwerk für das Zusammenleben, das unsere gemeinsamen Werte so festlegt, dass wir die Freiheit haben, unsere Verschiedenheit im Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu leben. Wenn wir von Teilhabegerechtigkeit sprechen, dann meinen wir explizit auch Geschlechtergerechtigkeit, internationale Gerechtigkeit und Generationengerechtigkeit. Und letztere schließt auch zukünftige Generationen ein.

Wir müssen ihnen einen Planeten hinterlassen, in dem auch für sie selbstbestimmte Teilhabe möglich ist. Diese Dimensionen von Teilhabegerechtigkeit dürfen trotz praktischer Konflikte nicht gegeneinander ausgespielt werden. Gerechtigkeit verlangt vielmehr Solidarität.

Teilhabe zur Handlungsgrundlage für alle politischen Bereiche machen

Wir wollen unsere Gesellschaft so gestalten, dass niemand durch die Veränderungen, die wir in unserer Zeit erleben, abgehängt wird. Unser Ziel ist, die Veränderung als Fortschritt zu gestalten und dafür zu sorgen, dass alle Menschen gleichermaßen in den Genuss dieses Fortschritts kommen. Dazu gehört die Verschiedenheiten zu respektieren und unabhängig davon jedem Menschen die gleichen Rechte, Freiheiten, Sicherheit und Chancen zu garantieren. Deshalb stehen wir Grüne ein für Zugang zu Bildung und Arbeit für alle, für mehr Partizipation, für einen Ausbau der Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen Leben der Dörfer und Städte, für die Unterstützung finanziell Schwächerer, für ein sicheres und freies Leben für alle, für die Unterstützung Kranker und den Abbau von Barrieren und allen Einschränkungen. Wir Grüne setzen dafür die richtigen Rahmenbedingungen und machen Zusammenhalt und Teilhabe zur Handlungsgrundlage für alle politischen Bereiche. Denn: Eine solche Politik der Teilhabegerechtigkeit kann nicht nur ein einzelnes Politikfeld betreffen.

Mit einem aktiven Staat ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen

Im föderalen Aufbau in Deutschland sind wir als Land Bayern dafür zuständig, dieses Versprechen auf Teilhabe konkret umzusetzen. Wir als Freistaat sind – oft in Zusammenarbeit mit den Kommunen – zuständig für viele Institutionen und die konkrete Gestaltung unseres Zusammenlebens – von der Krankenhausplanung bis zur Bildung, von der Raumordnung bis zur inneren Sicherheit. Wir wollen unsere öffentlichen Institutionen und unsere öffentlichen Güter stärken, denn sie sind ein Schlüssel für mehr Gerechtigkeit. Dazu gehört auch, dafür zu sorgen, dass die öffentliche Infrastruktur von der Schule bis zur Verwaltung gut erhalten bleibt und ausgebaut wird. Starke öffentliche Institutionen stärken unsere Demokratie, sorgen für Teilhabe und stellen die faire Verteilung von Chancen und Ressourcen und die Einhaltung der Rechte sicher.

Arbeit schaffen, von der man leben kann

Der beste Schutz vor Armut ist eine gute und existenzsichernde Arbeit für alle. Wir setzen uns deshalb ein für die Eindämmung des Niedriglohnssektors, das Zurückdrängen prekärer und atypischer Beschäftigungsverhältnisse und bessere Unterstützung für Menschen, die aktuell schwer Anschluss an den Arbeitsmarkt finden. Nur noch gut die Hälfte der Beschäftigten in Bayern unterliegt der Tarifbindung. Wir streiten für eine Ausweitung der Tarifbindung beispielsweise durch ein Landesvergabegesetz oder bessere Möglichkeiten, Tarifverträge für Allgemeinverbindlich zu erklären. Die Möglichkeit, eine Ausbildung in Teilzeit statt in Vollzeit zu machen, wollen wir flexibilisieren. Außerdem braucht es endlich die Bildungsfreistellung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der öffentliche Dienst in Bayern und der Freistaat als Auftraggeber müssen als Vorbild vorangehen und einen bayerischen Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen einführen.

Familie und Beruf in Einklang bringen

Damit tatsächlich alle Menschen, insbesondere auch Frauen und Alleinerziehende einer auskömmlichen, sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeit nachgehen können, müssen Familie und Beruf besser vereinbar sein. Wir sind für eine partnerschaftliche Aufteilung der Sorge- und Erwerbsarbeit. Dies erfordert einen grundlegenden Wandel in der Familienpolitik. Die steuerliche Begünstigung des männlichen Familienernährermodells ist nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen deshalb das Ehegattensplitting für neue Ehen abschaffen und durch eine sozial gerechte individuelle Besteuerung ersetzen. Kindererziehungs- und Pflegezeiten müssen bei der Rentenanrechnung gleichgestellt werden. Darüber hinaus braucht es wohnortnahe, flächendeckende und qualitativ hochwertige Angebote zur Kinderbetreuung, die sich zeitlich flexibel am Bedarf berufstätiger Eltern ausrichten; außerdem familienfreundliche flexible Arbeitszeitmodelle sowohl in der privaten Wirtschaft als auch im öffentlichen Dienst. Wer seine Arbeitszeit aufgrund der Erziehung von Kindern oder der Pflege von Angehörigen vorübergehend reduzieren muss, braucht einen gesetzlichen Anspruch auf Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung. Zur Entlastung pflegender Angehöriger wollen wir die Kurzzeit- und Tagespflegeangebote flächendeckend ausbauen.

Wohnen als Grundrecht anerkennen

Schutz vor Armut bedeutet auch Wohnraum für alle Menschen im Freistaat – schnell, nachhaltig und bezahlbar. Deshalb wollen wir den sozialen und inklusiven Wohnungsbau ausweiten, Mietwucher und Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt bekämpfen und die prekäre Wohnsituation bedürftiger Menschen verbessern. Außerdem werden wir gemeinnützige Akteure wie kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften oder Baugemeinschaften stärken und den Werkwohnungsbau wieder attraktiv machen. Ein Schlüssel von vielen hierzu ist ein gerechter Mietspiegel, der auch Bestandsmieten einschließt.

Klimaschutz gerecht gestalten

Eine progressive Klimaschutzpolitik muss Umwelt und soziale Gerechtigkeit als zwei Seiten ein und derselben Medaille betrachten, denn der Klimaschutz ist nicht wegzudenken, wenn es um die Lösung der sozialen Frage unserer Zeit geht. Die Klimakrise trifft alle Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Hautfarbe. Die dringend notwendige CO₂-Bepreisung gestalten wir sozial gerecht und setzen uns für ein faires Geld-zurück-System für die Bürgerinnen und Bürger ein. Menschen mit keinem oder geringem Einkommen profitieren auf langfristige Sicht besonders von einer effektiven Klimaschutzpolitik. Da sie einen größeren Anteil ihres Einkommens etwa für die Energieversorgung ausgeben müssen, können stabile Energiepreise und Versorgungssicherheit durch die Abkoppelung von fossilen Energieträgern Geringverdienende prozentual stärker entlasten. Eine ökologische Transformation unserer Wirtschaft stellt außerdem die Basis für tausende neuer Arbeitsplätze dar. Die Politik muss gemeinsam mit Unternehmen ökologische Leitplanken für die Wirtschaft erarbeiten und so den Startschuss für eine nachhaltige und umweltbewusste Ökonomie der Zukunft geben. Dies wird aber nur funktionieren, wenn alle Akteur*innen in diesen Wandel

einbezogen und ausreichend gefördert werden. Neben der Politik und den Unternehmen brauchen wir die Wissenschaft, die mit der Entwicklung von neuen Technologien und Prozessen den Wandel beschleunigen kann. So können die bayerischen Unternehmen auch in Zukunft im internationalen Wettbewerb bestehen. Mit gut durchdachten Förderprogrammen, die besonders für Kleine und Mittlere Unternehmen (KMUs) ausgelegt werden, wollen wir Anreize setzen, dass Unternehmen noch ressourcensparender und energieärmer produzieren. Dazu gehört auch, dass wir für Social Entrepreneurs eigene Förderprogramme schaffen und die Kriterien bei bereits bestehenden Förderprogrammen und öffentlichen Ausschreibungen so ausgestaltet werden, dass Sozialunternehmen eine realistische Chance auf einen Zuschlag haben. Denn sozial-ökologisches Unternehmertum fördert gesellschaftliche Innovationen und darf keine Randerscheinung bleiben.

Freiheit in Sicherheit gewährleisten

Sicherheit ist die Grundlage für Freiheit und Gerechtigkeit. Wer von Angst geleitet wird, kann seine Talente nicht entfalten. Wir wollen, dass alle Menschen frei und sicher leben. Dafür stärken wir unsere Polizei gut aus und entlasten sie von unnötigen Aufgaben. Gleichzeitig investieren wir in Prävention, Demokratiebildung und in die Stärkung der Zivilgesellschaft. Mit uns werden Bürgerrechte verteidigt und Sicherheitspolitik weitergedacht. Wir stellen uns konsequent gegen Hass und Hetze - online wie offline -, stärken die Demokratie und Vielfalt und treten ein gegen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus, Denunziation und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Gute Bildung lebenslang sicherstellen

Gute Bildung für alle ist eine der Grundvoraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe, Teilhabe am Arbeitsmarkt, Teilhabe an (digitaler) Kommunikation sowie politische Teilhabe. Lernen für ein selbstbestimmtes Leben und für gesellschaftlichen Zusammenhalt fängt in Kindertagesstätten und Schulen an und setzt sich im lebenslangen Lernen fort. Deswegen stärken wir die Erwachsenenbildung und gestalten die Bildungswege durchlässiger. Wir werden daher Schule so ausstatten, dass sie allen Kindern und Jugendlichen gerecht wird, gleich welcher Herkunft sie sind. Unser Ziel ist „Empowerment“ – also alle so zu bilden, dass sie ihr Leben selbstständig gestalten können. Deshalb verbessern wir die individuelle Förderung und stärken die Persönlichkeitsbildung. Die Digitalisierung an Schulen begreifen wir als Chance und fördern die Entwicklung dazu passender neuer pädagogischer Konzepte. Da Schulen die Orte sind, an denen gesellschaftlicher Zusammenhalt erfahren und gelernt werden kann, werden wir Schulen zu positiven Lern- und Lebensorten weiterentwickeln. Dafür wollen wir Schulen durch multiprofessionelle Teams, zweite Lehrkräfte, durchgängige Sprachförderung und guten Ganztags besser aufstellen. Da niemand als DemokratIn oder Demokrat geboren wird, stärken wir politische Bildung und machen Schulen zu Werkstätten für Demokratie und Mitbestimmung.

Den Kleinsten einen guten Start ermöglichen

Persönlichkeitsentwicklung beginnt von klein auf. Die Betreuung, Bildung und Erziehung im frühkindlichen Alter – ob in der Kindertageseinrichtung, der Tagespflege, dem Kindergarten und im Hort sollen den guten Start ins Leben sicherstellen und muss deshalb vor allem am Wohl des Kindes orientiert sein. Es braucht Zeit für Spaß und Spiel, konsequentes Handeln für Inklusion und Integration, damit Chancengerechtigkeit Wirklichkeit wird. Die Kindertagesstätte ist der Ausgangspunkt für ein grundlegendes Verständnis für Demokratie, Mitbestimmung und Selbstwirksamkeit. Das muss sich in den Betreuungskonzepten wiederfinden. Mehr Personal, bessere Bezahlung, Zeit für Fortbildungen und Elterngespräche sind unsere Ziele. Damit das Geld für Unterstützungsleistungen bei der Betreuung bei den Familien und Kindern wirklich ankommt, fordern wir eine soziale Staffelung jeglicher Fördergelder.

Nicht nur die Jugend auf die Reise schicken

Jugend zu vernetzen, ist ein großes Ziel von uns Grünen! Längst haben nicht alle jungen Menschen gleichermaßen die Möglichkeit einer internationale Erfahrung zu machen. Junge Menschen sollen die Gelegenheit haben, sich europäisch auszutauschen, ihre Nachbarstaaten kennen zu lernen und länderübergreifende Freundschaften zu schließen. Wir fordern deshalb, dass jede und jeder im Laufe der Schul-, Ausbildungs- und Studienzeite eine Form des europäischen Austauschs wahrnehmen kann. Außerdem wollen wir die Förderung von bayerischen Jugendorganisationen, die sich in der europäischen und internationalen Jugendarbeit engagieren, aufstocken. Wichtig dabei ist, auch Programme zu entwickeln, die den kulturellen Austausch und die Teilhabe in Europa nicht nur für junge Menschen, sondern für alle fördern.

In Würde alt werden

Eine deutlich gestiegene Lebenserwartung bietet heute vielen Menschen die Möglichkeit, bis ins hohe Alter aktiv zu leben. Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben in der späten Lebensphase ermöglichen und stellen dafür die Weichen: Neben präventiven Beratungsangeboten, inklusiven und generationsübergreifenden Wohnkonzepten und digitalen Assistenzen, gehört auch die flächendeckende Beratung und Versorgung im Pflegefall dazu.

Dorfleben und Stadtgesellschaft stärken

Die meisten Menschen wünschen sich eine sozialere Gesellschaft und mehr Lebensqualität bei sich vor Ort. Verkehr, Lärm und Luftbelastung werden genauso als wachsendes Problem empfunden wie das Auseinanderdriften der Gesellschaft, Vereinzelung, Anonymisierung und veröden Ortskerne. Dieses Gefühl gibt es in wachsenden Städten genauso wie im ländlichen Raum. Um Orte und Wohnquartiere wiederzubeleben, setzen wir auf die Umgestaltung öffentlicher Räume mit dem Konzept der „Begegnungszone“: Auf vielen Straßen und Plätzen bieten sich riesige Chancen, wenn aus Parkplatz und Fahrbahn ein vielfältig

nutzbarer Raum wird, der Menschen anlockt, Jung und Alt zusammenbringt und neue Chancen für Läden und damit Arbeitsplätze schafft. Dort können sich Kinder oder auch Menschen mit Behinderung sicher und selbstständig bewegen, dort können sich Seniorinnen und Senioren lange selbstbestimmt versorgen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Eine inklusive Gesellschaft vorantreiben

Menschen mit Behinderung sind auf staatliche und chancengleichende Maßnahmen angewiesen, damit sie an der Gesellschaft gleichberechtigt teilhaben können. Inklusion ist ein Menschenrecht. Der Abbau von Barrieren und die Umsetzung der Inklusion wären ein Gewinn für alle Bürger; dies gilt auch im Hinblick auf unsere alternde Gesellschaft.

Wir wollen einen Aktionsplan Inklusion, der seinen Namen verdient, mit mess- und überprüfbaren Zielen, verbindlichen Zeitvorgaben für die Umsetzung, genauen Zuständigkeiten für jede einzelnen Maßnahme und konkreten Projekten zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Und wir wollen das Sonderinvestitionsprogramm „Bayern Barrierefrei 2023“ mit erheblichen zusätzlichen Mitteln ausstatten, damit es zumindest zu einer schrittweisen Beseitigung von Barrieren in allen Lebensbereichen kommt.

Mitmachen und mitbestimmen

Die Teilhabe am öffentlichen Leben setzt Informationen voraus. Wir wollen deswegen eine neue Verwaltungskultur etablieren. Statt des überkommenen Amtsgeheimnisses soll der Transparenzgedanke im Vordergrund stehen und alle Behörden sollen jedwede Informationen, die nicht dem Schutz persönlicher Daten unterfallen, von sich aus aktiv veröffentlichen. Dafür braucht Bayern endlich ein Transparenzgesetz. Informationen der Verwaltung sollen grundsätzlich auch in Leichter Sprache vorhanden sein. Für die auch im besten System nicht vermeidbaren Konflikte wollen wir Bürgerbeauftragte etablieren, die sich unabhängig um individuelle Anliegen kümmern und bei Konflikten mit staatlichen Behörden vermitteln. In Planungs- und Bauvorhaben soll die Bevölkerung frühzeitig einbezogen werden. Die Digitalisierung gibt neue Möglichkeiten, dass mehr Menschen sich engagieren, vernetzen und organisieren.

Damit alle die Potenziale des Internets nutzen können, müssen digitale Kompetenzen besser gefördert und bereits an der Schule im Pflichtfach Digitalkunde vermittelt sowie Angebote der Erwachsenenbildung verbessert werden. Die Politik des Mitmachens und Mitbestimmens ist ein Grüner Leitgedanke. Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre herabsenken, in der Kommunalpolitik die Rechte der Jugendlichen deutlich stärken und durch eine Verfassungsänderung garantieren, dass künftig die Hälfte der Mitglieder der Staatsregierung und des Landtages Frauen sein werden.

Ehrenamtlichen Engagement stärken und anerkennen

Wir wollen mehr bürgerschaftliches Engagement und dieses besser unterstützen, etwa durch Bürokratieabbau und Erleichterung von Freistellungen während der Arbeitszeit. Mit

einem Landesprogramm zur Stärkung der Zivilgesellschaft wollen wir die lebendige und verantwortungsbewusste Zivilgesellschaft im Kampf gegen Hass und Hetze und für die Demokratie endlich staatlich fördern. Gerade im Sportbereich findet sehr viel ehrenamtliches Engagement statt. Sport verbindet und hält die Gemeinschaft zusammen. Wir brauchen deswegen eine ausreichende und flächendeckende Versorgung mit Sportstätten, von der Turn- bis zur Schwimmhalle. Sportangebote müssen für alle offen und erreichbar sein: für den Handicap-Sport, für die queere Sportszene, für Alt und Jung und in den Städten genauso wie im ländlichen Raum.

Eine echte Kulturpolitik, die ihren Namen verdient

Kulturelle Teilhabe ist wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Darum muss die staatliche Förderung für Kultur in allen Bereichen ausgebaut werden und der Zugang zu kulturellen Einrichtungen insbesondere im ländlichen Raum erleichtert werden. Wir wollen auch jene gesellschaftlichen Milieus, die derzeit kulturellen Einrichtungen fernbleiben, stärker einbinden. Hierzu wollen wir beispielsweise prüfen, ob die Einführung eines freien Eintritts zu kulturellen Angeboten förderlich sein kann. Bedeutung hat für uns auch der Denkmalschutz. Hier wurde in den letzten Jahren viel zu viel zerstört. Wir wollen durch Förderprogramme und Beteiligungsprojekte dem Schutz erhaltenswerter Denkmäler eine größere Bedeutung als Orte öffentlicher Teilhabe verschaffen.

Teilhabe für alle ist für uns Grüne der Schlüssel für eine starke Gesellschaft und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Als politische Verantwortliche wissen wir, dass es unsere Aufgabe ist, diese Punkte umzusetzen. Wir wollen darum in einem breit angelegten Dialog-Prozess mit allen interessierten und relevanten Akteurinnen und Akteuren weiter darüber diskutieren, wie Teilhabe in Bayern endlich chancengerecht und für alle gestaltet werden kann.

